



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Fortschritte der sozialpolitischen Debatte. 1.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908


auf seine eignen Kosten und seine eigne Gefahr hin im Interesse der Antisklavereigesellschaft vollständig wieder zu erobern. Die militärische Frage haben Fachleute ohne Verzug zu entscheiden; das moralische Problem muß allmählich gelöst werden. Aber da wir die Schutzherrn Ägyptens sind, so haben wir und nicht die Minister des Khedive zu bestimmen, ob sofort wieder gegen den Mahdi vorgerückt oder weiter zurückgewichen werden soll. Als im Märchen der Riese und der Zwerg verbündet waren, kämpften sie unter allen Umständen Seite an Seite, selbst wenn der kleine Mann mehr als sein billiges Teil Schläge bekam; aber der Riese ließ den Zwerg niemals allein kämpfen. Was wir in Betreff des Sudan gethan haben, bestand darin, daß wir alles dem Zwerge überließen.“

Die nächste Frage ist jetzt: Was wird die britische Regierung thun? Die nächsten Wochen werden das beantworten müssen, denn es ist Gefahr im Verzuge. Entschlösse man sich in London, den Ägyptern zur Wiedereroberung des Sudan beizustehen — was wir bezweifeln —, so müßte man unverweilt die in Ägypten noch stehenden englischen Truppen erheblich verstärken.



Fortschritte der sozialpolitischen Debatte.

1.

chon in unsrer vorjährigen Erörterung über die sozialpolitische Debatte (Grenzboten 1883, IV, 425 ff.) haben wir hingewiesen auf den bedeutungsvollen Unterschied in der Behandlung der sozialpolitischen Angelegenheiten, einerseits innerhalb der wissenschaftlichen Welt der Universitätsgelehrten und Professoren der Nationalökonomie und Sozialpolitik, sowie auch innerhalb der Kreise der sogenannten Politiker, andererseits innerhalb derjenigen Kreise, welche im Leben selbst stehen und dessen Erscheinungen und Bewegungen nicht nur unmittelbar überblicken, sondern mehr oder weniger sie auch mitempfinden. Und wir haben damals aus guten Gründen insbesondre die praktische Richtung der katholischen Sozialpolitiker, deren es insbesondre unter dem Klerus nicht wenige und nicht unbedeutende giebt, ebensowohl dem eigentlichen Manchesterthum wie dem Kathedersozialismus gegenübergestellt.

Schon seit dem ersten Auftreten des Kathedersozialismus hat sich uns die Überzeugung aufgedrängt, daß zwischen ihm und dem Manchesterthum nur ein „theoretischer“ Unterschied bestehe. Wir meinen damit natürlich nur die Er

scheinung im ganzen, nicht einzelne Persönlichkeiten, die sich der Richtung angeschlossen haben, weil sie vielleicht glaubten, es werde sich in dem Verein für Sozialpolitik der Kern zu einer praktischen sozialreformatorischen Richtung bilden und es werde von ihm aus sich eine große, einschneidende Bewegung im Sinne stetiger sozialer Entwicklung erheben können. Diese Meinung hat harte Enttäuschung erfahren. Die Begründer des Vereins für Sozialpolitik konnten nicht mehr die Thatsache des abschüssigen Ganges der sozialen Verhältnisse unter dem Einflusse des Manchesterturns verkennen. Aber weiter bis zu dieser Erkenntnis waren offenbar nur ihrer wenige gelangt; die Mehrzahl wollte ohne Zweifel erst Führung für den praktischen Weg im Vereine finden.

Daß der Verein für Sozialpolitik damit gleich von vornherein in eine schwache Stellung dem Volkswirtschaftlichen Kongreß gegenüber kam, liegt auf der Hand. Der Volkswirtschaftliche Kongreß beherrschte als Vertreter des Manchesterturns die sozialpolitische Debatte und Praxis in Deutschland. Er beherrschte beides deshalb, weil er wußte, was er wollte, weil seine Angehörigen auch dem Wollen entsprechend handelten. Und wenn auch das, was der Volkswirtschaftliche Kongreß und seine Angehörigen wollten, falsch war, wenn auch der Weg, auf dem sie die deutsche Nation führten, zum Abgrunde ging, man weiß, daß ein starker und ungehemmter Strom abwärts nur umso sicherer alles in der Nähe mit sich reißt; man weiß auch, daß Bauleute, die zwar einsehen, es müsse hier ein Damm gebaut und es müsse gerettet werden, die aber nicht wissen, wie dies anzufangen ist, und die sich im Angesicht des reißenden Stromes erst über die Mittel, ihm beizukommen, beraten wollen, nichts Sonderliches ausgerichtet werden.

Schon die ersten Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik ließen keinen Zweifel über seine Schwäche und über die seiner Angehörigen; Versuche, den Belz zu waschen, ohne ihn naß zu machen, können immer nur das Kopfschütteln, nicht den Beifall klarer Köpfe erwecken. Als nun gar nach einigen Jahren schon der Verein für Sozialpolitik sich mit dem Volkswirtschaftlichen Kongreß zu gemeinsamer Versammlung verband, da war dies nichts anders als ein Sprung in den Strom, den man dämmen wollte. Und in diesem Strome ist denn auch der Verein für Sozialpolitik, von dem sich bei seiner Gründung viele vieles versprochen, ertrunken. Denn wenn er auch abermals nach einigen Jahren wieder auftauchte und in Frankfurt „selbständige“ Sitzungen abhielt, in diesen führte das große Wort der Reichstagsabgeordnete Sonnemann und ein andres Mitglied der famosen „Volkspartei,“ Herr Spier. Und die Verhandlungen verliefen ganz zum Wohlgefallen dieser beiden.

Indes nicht nur auf dem gewissermaßen praktischen Boden der Versammlungsthätigkeit — denn von ihm aus lassen sich starke, tiefe und nachhaltige Anregungen für weite Kreise geben — hat der Kathedersozialismus Fiasco gemacht. Auch da, wo er aus seiner eignen Erkenntnis Schlüsse zu

ziehen suchte, ist er fast immer auf den Sand geraten. Er scheute sich fast immer, mit logischer Konsequenz den letzten Punkt der Entwicklungskette festzuhalten, oder — er vermochte es nicht. Wirklich scheint es, als träfe das letztere, das Unvermögen, zu. Oft kommt es uns vor, als wäre das Studium der Logik, wie vielleicht das Studium der philosophischen Fächer überhaupt, in den jüngeren Kreisen der akademisch gebildeten Welt mehr, als erwünscht ist, vernachlässigt worden. Nicht nur die Unsicherheit und Halbheit der meisten Nationalökonomien und Sozialpolitiker deutet darauf hin, sondern auch viele Erscheinungen innerhalb der juristischen Welt. Es herrscht eben auch hier der sogenannte „praktische“ Zug vor, der Drang nach dem Verdienen, das man „groß schreibt“; man sucht daher nur in möglichster Eile das „Technische“ des Faches, das für die gewöhnliche Praxis, die sich um die Folgen ihres Thuns nicht weiter kümmert, ausreicht, sich anzueignen; und da wird die geistige Vertiefung, welche sowohl Fähigkeit als Kraft giebt, die Verhältnisse und die gesetzten Aufgaben bis zur letzten Konsequenz logisch durchzuarbeiten, vernachlässigt. Ist es doch dem Professor Schmoller, der sich unter die Führer der Katheder-sozialisten zählt, begegnet, durch die „Frankfurter Zeitung“ gegen die wirtschaftlichen Absichten des Reichskanzlers sowie gegen die korporativen Bestrebungen in den Kreisen der Landwirte ausgespielt zu werden! Ja sogar als Verfechter des manchesterlichen Subjektivismus gegenüber dem gewerblichen und landwirtschaftlichen Korporationsgedanken wurde der Herr Professor von der genannten Zeitung vorgeführt, und zwar mit vollem Recht. Denn alles Ernstes empfiehlt er den Landwirten als das einzige Mittel, aus ihren Kalamitäten herauszukommen, — zu spekuliren. Zuvor hat er sie des „behaglichen Rentenverzehens“ beschuldigt!

Damit an sich ist freilich kein Fortschritt in der sozialpolitischen Debatte bezeichnet. Denn ein Herausgeber der Berichte über „bäuerliche Zustände,“ der den Landwirten „behagliches Rentenverzehren“ vorwirft, hat schwerlich diese Berichte selbst gelesen; und wenn er auf Grund derselben den Landwirten anrät, sich durch die Spekulation zu helfen, so wird von ihm auch kaum in Zukunft weder tieferes Erfassen der Verhältnisse noch logische und sachgemäße Durcharbeitung derselben zu erwarten sein. Indes liegt doch ein Fortschritt darin, daß das Manchesterium, wie von der „Frankfurter Zeitung“ geschehen, ganz einfach in Anspruch nimmt, was ihm gehört, und daß es damit auch sich selbst in seinem Wesen genauer erkennen läßt auch da, wo es bisher heuchlerisch sich den Anschein sozial-gestaltender Tendenzen zu geben suchte. Das offene Ausspielen einer kathedersozialistischen Kapazität gegen den wirtschaftspolitischen Korporationsgedanken durch das Hauptorgan der demagogischen Plutokratie, als das wir die „Frankfurter Zeitung“ anzusehen haben, ist daher allerdings geeignet, dem Fortschritt der sozialpolitischen Debatte zu dienen und auch die praktische Thätigkeit auf unserm Gebiete zu fördern. Die wirklich thatkräftigen Elemente

innerhalb des Vereins für Sozialpolitik müssen, besonders wenn sich solche Vorgänge häufen, zu der Einsicht kommen, daß es nicht nur heißt, die Kräfte verschleudern, sondern vielmehr dem Schlimmen dienen, wenn sie ferner unter dem Deckmantel sozialreformativischer Wirksamkeit dazu beitragen, der Gehilfenschaft der Börse einen ansehnlichen Hintergrund zu verleihen.

Zu solcher Abscheidung wird aber auch die „Konkurrenz“ nicht wenig beitragen, wenn nicht überhaupt nötigen, oder man wird vor dieser Konkurrenz die Segel völlig streichen müssen, und man wird sich geradezu lächerlich machen, wenn man etwa meint, dadurch, daß man auf dem ausgefahrenen Geleise fortfährt, noch irgend etwas zur stetigen Entwicklung der sozialen Verhältnisse beitragen zu können. Der Volkswirtschaftliche Kongreß ist in dieser Hinsicht ein sehr lehrreiches Beispiel. Sein Ansehen war groß, solange sein „Prinzip“ groß zu sein schien und solange die praktische Richtung, die er vertrat, im Fortschritt war und den Erfolg auf ihrer Seite hatte. Damals gehörten auch diejenigen, welche alsbald den Kathedersozialismus auf so geschickte Weise auszubeuten verstanden haben, zu den Führern des Kongresses, auf dem sie jetzt, wo seine Herrlichkeit rapid zu Ende geht, fast nur noch als Beobachter erscheinen — natürlich nicht, ohne selbst aus dem Sterbenden noch herauszupressen, was sich aus ihm etwa herauspressen läßt. Daß dies der plutokratischen Demagogie auch beim Kathedersozialismus möglich wurde, ist neben der praktischen Unklarheit seiner Hauptträger der Hauptgrund seines raschen Niederganges. Und obgleich von dieser Seite mit einem unendlichen „wissenschaftlichen“ Hochmut herabgesehen wird auf jene praktischen Bekämpfer der sozialen Ausbeutung, die aus allen Kreisen der Nation ihre Kräfte heranziehen — das Unglück, von der demagogischen Plutokratie ebenso in den Dienst gezogen zu werden wie die optimistische und gewissermaßen ehrliche Richtung innerhalb des Volkswirtschaftlichen Kongresses, was den Kathedersozialisten nun schon so oft widerfahren ist, wird dieselben wahrscheinlich nicht bescheidener stimmen, sie aber umso rascher auseinandersprengen.

Aus jenen objektiven Untersuchungen, welche allerdings ein großes, wenn auch das einzige Verdienst des Vereins für Sozialpolitik darstellen, muß die Sprengung des zufällig Zusammengefloßenen erfolgen. Denn ebenso angenehm wie es dem Manchesterium klingt, wenn die Schuld an den sozialen Schwierigkeiten von ihm abgewälzt und womöglich auf die ihm gegnerischen Elemente des sozialen Zusammenhanges geschoben wird, ebenso unangenehm ist es ihm, wenn mit objektiver Leuchte in sein eignes Treiben hineingeleuchtet wird. Die Wirkung der Untersuchungen des Dr. E. Say über die Hausindustrie in Thüringen ist nach dieser Richtung hin charakteristisch. Sie hat einen wahren Wutausbruch in den betreffenden manchesterlichen Interessentkreisen hervorgerufen. In einer aus diesen Kreisen hervorgegangenen und sogar von einem Nächstinteressirten verfaßten Broschüre werden die Kathedersozialisten kurz und

gut nach reiner Spießbürgerart als „hergelaufen“ behandelt, obgleich sich die Arbeit, welche diesen Zornausbruch veranlaßte, in objektivster Weise auf die Darstellung des Thatsächlichen beschränkte. Derartige Vorgänge bezeichnen umso mehr einen Fortschritt in der sozialpolitischen Debatte, als sie auch den Gelehrten des Kathedersozialismus klarmachen müssen, daß sie dem Manchesterthum nur solange angenehm sind, als sie seine Arbeit besorgen, wobei sie sich außerdem womöglich noch einer ganz besondern Präparation zu unterwerfen haben, daß sie aber sofort auf die Seite geworfen werden, wenn sie sich beikommen lassen, objektiv an die Untersuchung sozialpolitischer Verhältnisse heranzutreten.

Ob freilich an die Einsicht sich bald einige praktische Wirksamkeit ansetzen werde, steht sehr dahin. Sedenfalls ist kostbare Zeit verloren, und es ist nicht daran zu denken, daß dieselbe für eine Richtung, in der man vor allen Dingen eine konsequente Weitergestaltung der konservativen Prinzipien suchen sollte, sich wieder einholen lasse. Denn wenn wir schon im vorigen Jahre sagen mußten, daß die katholischen Sozialpolitiker an praktischem Sinn und kluger Erfassung der Lage einen entschiedenen Vorsprung vor der sonst etwa sich zeigenden Behandlung der sozialen Verhältnisse zeigen, so hat sich dies nun vollkommen bestätigt. Die Veröffentlichung des Haider Programms bezeichnet einen wirklichen, bedeutenden Fortschritt nicht nur auf dem Boden der sozialpolitischen Debatte, sondern auch der sozialpolitischen Praxis; letzteres mindestens insofern, als durch das Programm angedeutet wird, daß sich auf sozialem Boden selbst starke Gegensätze vereinbaren lassen, wenn nur bei den Trägern dieser Gegensätze die Notwendigkeit, etwas zu leisten, eingesehen wird, und wenn man auch entschlossen ist, nach dieser Einsicht zu handeln. Und darin liegt der hauptsächlichste und entscheidende Unterschied zwischen den Kathedersozialisten und den katholischen Sozialpolitikern, daß die ersteren zwar die Einsicht haben, nicht aber die Entschlossenheit zum Handeln, während bei den letzteren beides vorhanden scheint.*)

Der Anstoß zu dem Haider Programm, das wir zunächst als ein Kompromiß der maßgebenden katholischen Sozialpolitiker zu betrachten haben, wurde auf dem Frankfurter Kongreß der katholischen Vereine im Herbst 1882 gegeben durch den Antrag des Fürsten Löwenstein, es möchten die anwesenden Sozialpolitiker zusammentreten, um ein Programm zur Behandlung der wichtigsten sozialen Fragen, nämlich Wucher, Arbeitslohn und Grundentlastung nebst ihren wichtigsten Unterfragen aufzustellen. Dieser Antrag stieß auf allgemeinen Widerspruch und wurde dann auch auf Anraten der Abtheilung, der er zur Vorberatung überwiesen war, abgelehnt. Man war der Meinung, daß eine unvorbereitete Erörterung der Fragen im allgemeinen notwendig unfruchtbar sein müsse. Hier insbesondere sei es Voraussetzung einer jeden Erörterung, die nicht

*) Im Manuskript stand „ist.“ Neuere Erfahrungen jedoch nötigen uns zu sagen „scheint.“

ins Blaue hinausgehen solle, daß dieselbe hinsichtlich der Richtung und der Grenzen umschrieben sei. Man beschloß daher, zwar von der Erörterung der angeregten Frage zunächst abzusehen, dagegen die Bildung einer Kommission der bedeutendsten katholischen Sozialpolitiker zu veranlassen mit dem Auftrage, die Frage zu erörtern und eine vorläufige Grundlage für weitere Behandlung derselben zu gewinnen. Das Ergebnis dieses Beschlusses liegt im Haider Programm vor.

Soweit wir unterrichtet sind, war die Versammlung, welche der Fürst Löwenstein auf sein böhmisches Schloß Haid berufen hatte, um das nun ausgearbeitete Programm, im wesentlichen wohl eine Arbeit des Freiherrn von Bogelsang — der dem Hauptorgan des österreichischen Adels, dem Wiener „Vaterland,“ sehr nahe steht —, gutzuheißen, zwar besucht aus allen Gegenden Deutschlands, aber keineswegs sehr zahlreich und nur von wenigen einflußreichen Parteigängern des Zentrums. Die Debatten, die nicht zu rasch zu Ende gingen, waren sehr lebhaft, und die Annahme des Programms war keineswegs eine vorbehaltlose und allgemeine, wenn auch in der Regel von 16 Stimmen nur 2 bei der Abstimmung abwichen. Und es zeigte sich bald, daß die streberischen Heißsporne des Zentrums, deren es auch neben dem Klerus nicht wenige giebt, wenigstens behaupten wollten, das Interesse der Kirche sei im Programm nicht genügend gewahrt. Und als das Programm zur Veröffentlichung gelangte, erhoben sich in der klerikalen Presse dagegen so viele Stimmen, daß es die Feuerprobe auf dem nach mancherlei Zögern einberufenen katholischen Kongreß zu Düsseldorf nicht bestehen konnte. Auf diesem Kongreß stand die Erörterung der sozialen Angelegenheiten im Vordergrund. Die Rücksicht auf die letzteren stand schon im Vordergrund bei der Berufung, da die kirchlich-politischen Fragen mehr zur Reserve hindrängten.

Es zeigte sich bald klar genug in der katholischen Presse, nach welchen Richtungen die Gegensätze innerhalb der Kreise der katholischen Sozialpolitiker auseinandergehen und welche Richtung anscheinend in Haid die Oberhand behalten hat. Es ist angeblich die Richtung, welche die staatliche Grundlage für das Gelingen einer sozialen Reform und für die Überwindung der drängenden sozialen Aufgaben für unerläßlich hält. Und gerade deshalb durfte man doppelt gespannt sein auf den Verlauf der erwarteten Verhandlungen in Düsseldorf. Es war vorauszusetzen, daß auf dem Kongreß doch die klerikalen Heißsporne das Übergewicht gewinnen würden, da die Geistlichkeit dort weit stärker vertreten sein würde als auf der Versammlung zu Haid. Und gerade die praktische Richtung im Klerus will hinsichtlich der sozialen Reformbestrebungen vom Staate sehr wenig wissen. Ihr Ideal erscheint in einem von der Kirche geleiteten und fortwährend beeinflussten patriarchalischen Verhältnis zwischen Fabrikbesitzer und Arbeiter, dessen Grundlage im wesentlichen die christliche Caritas sein soll.

Offenbar ist aber in den Verhandlungen zu Haid die Anschauung, daß eine umfassende Wirksamkeit auf diesem Boden kaum durchzuführen sein werde, ausschlaggebend gewesen. Jedenfalls würde eine durchgreifende und entscheidende Wirksamkeit auf dem Boden patriarchalischer Beziehungen voraussetzen, daß im gewerblichen und industriellen Leben sich ein intensiver Zug nach Steigerung der persönlichen Beziehungen geltend mache. Es ist aber gerade das Gegenteil der Fall. Die zunehmende Umwandlung wirtschaftlicher Betriebe in Aktiengesellschaften und die Ausdehnung des Aktienwesens selbst auf landwirtschaftlichem Gebiete verengern den Boden patriarchalischer Beziehungen immermehr. Gerade diese Umgestaltung ist zugleich schließlich der dringendste Grund für ein großes und umfassendes sozialpolitisches Einschreiten. Und vor diesem dringendsten Grunde würde man ratlos stehen, wenn man sich auf die Entfaltung patriarchalischer Bestrebungen beschränken wollte. Immerhin können dieselben Hand in Hand gehen mit den staatssozialistischen — wenn wir so sagen dürfen — Bestrebungen. Und für die Bethätigung der christlichen Menschen- und Bruderliebe wird immer noch Raum bleiben, selbst wenn die sozialpolitischen Bestrebungen so erfolgreich sein sollten, daß binnen kurzer Zeit eine Umbettung der sozialen Verhältnisse und damit die Überwindung der sozialen Notstände sich anbahnen sollte. Denn nur der Utopist mag sich darüber täuschen, daß auch unter den bestmöglichen sozialen Verhältnissen das Leben der Mehrheit der Menschen ein Leben voll Mühe und Arbeit sein wird. Wo aber dies ist, da wird es doch genug des Schwererträglichen zu lindern und zu erleichtern geben.

Daß diese Anschauung in den weltlichen Kreisen der katholischen Sozialpolitiker einflussreiche Vertreter hat, daran ist allerdings nicht mehr zu zweifeln. Wenn aber auch die klerikalen Kreise noch stark widerstreben, auch sie muß die Praxis zum Teil wenigstens dieser Einsicht zuführen. Ein Beweis dafür, und zwar ein sehr beachtenswerter, ist gerade auch in diesen Tagen und vielleicht nicht unbeabsichtigt fast gleichzeitig mit den Haider Beschlüssen an das Licht getreten und zwar in Gestalt eines kleinen Schriftchens,^{*)} dessen Verfasser unter den katholischen Sozialpolitikern einen der ersten Plätze einnimmt. Auch dieser seiner jüngsten kleinen Schrift kann man unter den sozialpolitischen Veröffentlichungen nicht nur der letzten Zeit in erster Reihe ihren Platz anweisen. In derselben wird versucht, auf wissenschaftlicher, mathematischer Grundlage und in streng logischer Entwicklung zu einem klaren, berechenbaren Begriff über das natürliche Verhältnis zwischen Kapitalzins und Arbeitslohn bei wirtschaftlichen Unternehmungen zu gelangen.

Gerade im Hinblick auf manche entgegengesetzte Erscheinung auf dem Boden der sozialpolitischen Debatte bietet schon das Vorwort des Schriftchens nicht

^{*)} Die Gesetze für Berechnung von Kapitalzins und Arbeitslohn. Erste Beilage zur Apologie des Christentums. Von Fr. Ab. Maria Weiß, O. Pr. Freiburg, Herder, 1883.

b R

wenig beachtenswertes, z. B.: „Um die soziale Frage zu lösen, bedarf es, meint Robbertus, gründlicherer Wissenschaft. Zwei Lehrstühle der Nationalökonomie auf jeder Universität schienen ihm daher nicht zuviel, und kaum eine Gelehrsamkeit ausreichend, um die meist selbstverständlich als Dogma hingenommenen und doch oft so irrigen Grundlehren unsrer Wissenschaft einer gründlichen Revision zu unterwerfen. Darum kann es gewiß nichts schaden, wenn auch die dürre Mathematik ein wenig zu Worte kommt, und die trockene Logik und die eiserne Konsequenz der Scholastik dazu. Ehe nicht kanonisches und römisches und germanisches Recht ohne Vorurteil wie ohne Voreingenommenheit gleichmäßig mit prüfender Strenge zu Hilfe herbeigezogen wird, ehe nicht Scholastik und Moral und Philosophie in Bezug auf unsre Frage in ihr volles Recht eingesetzt werden, ehe man nicht die sozialen Verhältnisse der Gegenwart mit Rücksicht auf die Geschichte, mit Verständnis der Geschichte und mit Anschluß an die Geschichte der Vergangenheit behandelt, ehe man nicht die sozialen Probleme auf eine Form bringt, in der man mit ihnen auch rechnen kann, und zwar so rechnen, daß Gerechtigkeit und Billigkeit, Recht und Moral und Religion ihre volle Rechnung finden, ist an eine Lösung nicht zu denken.“ Es dürfte wohl gleich von vornherein feststehen, daß eine Schrift, bei der solche Voraussetzungen als maßgebend bezeichnet sind, bei der praktischen Lösung, der sie zustrebt, nicht in den Nebel gerät wie z. B. Professor Schmoller, indem er den Landwirten anrät, zur Befreiung aus ihrer mißlichen Lage das „richtige Kredit-system“ — aufzufinden. In diesem letztern Rezept beruht eigentlich die gesamte „Theorie“ der manchesterlichen Epigonen.

Davon ist also in der Schrift des Pater Weiß nicht die Spur. Diese ist eitel Logik; ihre Voraussetzungen sind wohl begründet, die Folgerungen und Schlüsse tadellos. Schon die erste Feststellung, nämlich die Feststellung des Lohnbegriffes und der Nachweis der verkehrten Anwendung dieses Begriffes, ist schlagend. Das, was der Arbeiter gegenwärtig und unter der Bezeichnung des Lohnes empfängt, ist gar kein Lohn; es ist lediglich das, was er zur Beschaffung seiner Nahrung und Leibesnotdurft bedarf; oft empfängt er sogar weniger als dies. Das kann man aber richtig nicht als Lohn bezeichnen, und der Zustand, der so geschaffen ist und der unter der Wirksamkeit der „freien Konkurrenz“ seine Ausprägung nach allen Seiten hin empfängt, läßt nicht nur die Arbeit, sondern die Arbeiter selbst, also den zahlreichsten Teil der Bevölkerung, als bloße Waare erscheinen. Will man aber diesen unerträglichen Zustand beseitigen, so muß man sich klar werden, daß der Arbeiter nicht nur auf Erstattung der Lebensnotdurft, sondern auch auf Lohn dasselbe Anrecht hat, wie der Kapitalist auf Zins und Dividende. Und wie diese darf der Lohn nicht auf billiges Übereinkommen hin gegründet sein, sondern er muß seine rechtliche Umgrenzung haben, ebenso genau wie die des Kapitalertrages. Und dabei muß ausgegangen werden von der Voraussetzung, daß ein sogenannter

Unternehmergewinn für das Kapital keinerlei Berechtigung hat. Kapital und Arbeit muß auf völlig gleichem Fuße behandelt werden. Denn ohne Arbeit ist das Kapital tot; wie ohne das Kapital die Arbeit nicht ihre volle Frucht herausbringen kann. Kapitalist und Arbeiter in einer Unternehmung sind also rechtlich als gleichberechtigte Teilhaber zu betrachten; beide tragen das gleiche Risiko, und das Kapital hat daher keinen Vorzug vor der Arbeit zu beanspruchen. Wenn daher Kapitalist und Arbeiter sich verbinden — dauernd oder vorübergehend —, so bleibt zwar der Kapitalist Eigentümer des Kapitals fogut wie der Arbeiter Eigentümer seiner Arbeit; aber der Gewinn, der sich aus der Verbindung ergibt, ist gemeinschaftlich, und zwar nach Maßgabe des gegenseitigen Einsatzes, und ergibt für den Kapitalisten Zins und Geschäftsgewinn, für den Arbeiter den Lohn. Beides aber richtet sich nach ihrem Verbrauchswerte.

In allen diesen Ausführungen, die wir natürlich nur anstreifen, stützt sich der Vater Weiß auf eine ganze Reihe nationalökonomischer und sozialpolitischer Schriftsteller, selbst Adam Smith nicht ausgenommen. Und er entwickelt dann in einer Reihenfolge mathematischer Formeln sein Gesetz über die Verteilung des Reinerträgnisses, also auch nach Abrechnung der Lebensnotdurftvergütung, zwischen Kapitalerträgnis und Arbeit. Er nimmt dabei als Beispiel eine Fabrik, deren Kapital zu 1 800 000 Mark berechnet ist. Der Fabrikant erscheint ebenfalls als Arbeiter, deren, ihn inbegriffen, neunzig in der Fabrik beschäftigt sind. Die gesamten Betriebskosten sind auf 36 000 Mark — einschließlich des Arbeitslohnes mit 20 000 Mark — angeschlagen. Es sind unter den Arbeitern sechzig weibliche mit je 240 Mark Jahreslohn. Zehn erhalten das anderthalbfache, zehn das doppelte, vier das zweiundeinhalbfache, drei das fünffache, und die drei Leiter des Geschäfts erhalten je das zehnfache. Dagegen beträgt der durchschnittliche Reingewinn seit sechs Jahren 81 000 Mark, die auf 78 000 Mark reduziert werden, wozu dann noch die bisher als Lohn berechneten 20 000 Mark treten. Es stehen also einerseits 36 000 Mark Betriebskosten, andererseits 98 000 Mark Gewinn und das Kapital von 1 800 000 Mark gegenüber; die Betriebskosten werden nun zu 25 Prozent kapitalisiert, was 900 000 Mark ergibt, woraus dann zwischen Kapital und Betriebskosten ein Verhältnis wie 2 : 1 entsteht. Durch dieses Ergebnis wird das Verhältnis zwischen Kapital- und Arbeitsanteil vom Reinerträgnis bestimmt.

Dies ist der ungefähre Umriss der Entwicklung des klerikalen Sozialpolitikers über das Verhältnis zwischen Kapitalgewinn und Lohn im wesentlichen und soweit er sich hier ausführen ließ. Natürlich geht die Arbeit selbst tiefer und begründet, wie wir schon angedeutet haben, ihre Schlussfolgerungen nach allen Seiten hin, sodaß eine Widerlegung derselben schon sehr gründlich sein mußte.

Es scheint übrigens kaum, als habe der Verfasser der eben besprochenen Erörterung an den Verhandlungen in Gaid teilgenommen. Denn die Gaid

Beschlüsse haben gerade nach der Seite hin, welche Pater Weiß in seiner Broschüre behandelt, etwas Unfertiges. Dies würde wohl kaum der Fall sein, wenn die bestimmten und wohl entwickelten Anschauungen des Paters auch auf der Versammlung zu Haid ihre Vertreter gefunden hätten. Denn das Haider Programm schwebt, wie wir sehen werden, gerade in der Hinsicht auf die Berechnung des Arbeitslohnes noch sehr im Dunkel; es trifft erst kaum die allgemeinen Voraussetzungen der Frage, während Pater Weiß bereits zu den weitesten sachlichen Schlußfolgerungen gelangt ist.

Nun darf man aber gespannt sein auf das Verhalten des Teiles der katholischen Presse, der den Haider Beschlüssen unsympathisch gegenübersteht, wenn es gilt, der Schrift des Paters Weiß gegenüber. Es wird sich zeigen, daß der Vorwurf des allzustarken staatssozialistischen Zuges und der Vernachlässigung der Rechte und Aufgaben der Kirche eigentlich nur ein Verlegenheitsvorwurf ist. Wir finden nicht, daß dem Staate mehr gegeben wird, als unumgänglich notwendig ist, und wir unsrerseits würden schon ein wenig weiter gehen nach dieser Richtung hin; andrerseits sind die Rechte und Aufgaben der Kirche, insbesondre aber die Pflichten gegen dieselbe mehrfach hervorgehoben. Aber allerdings läßt sich bezweifeln, daß auch bei den strengkatholischen Fabrikbesitzer Neigung vorhanden sein wird, die Opfer, die ihrerseits natürlich vorausgesetzt werden, freiwillig zu bringen. Auch sie sitzen so tief in der Plusmacherei und haben sich so sehr gewöhnt, in derselben das eigentliche Ziel aller Wirtschaftlichkeit zu sehen — obgleich diese rücksichtslose Plusmacherei*) gerade die Hauptquelle der wirtschaftlichen Not und der sozialen Gefahr ist —, daß ihnen selbst eine vorsichtige und milde Zumutung zu veränderter Anschauung als sozialistisch vorkommt. Dies zeigt zunächst das Verhalten der katholischen Blätter. Dieselben gehen freilich nicht soweit, Leuten wie dem Fürsten Löwenstein und dem Freiherrn von Bogelsang schlechtweg Sozialismus vorzuwerfen, aber sie be-

*) Diese Plusmacherei ist uns so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie sogar in den wirtschaftlichen Zweigen des öffentlichen Dienstes überwuchert, z. B. im Postdienste. Obgleich der Überschuß der Reichspost im letzten Finanzjahre mehr als 24 Millionen Mark betragen hat, giebt es doch bei der Post eine Menge von Beamten mit nicht mehr als zwei Mark täglichem Lohn und ohne Aussicht auf Verbesserung. Selbst zahlreiche Beamte der oberen Kategorie sollen mit dreiundeinhalb Mark täglich auskommen und „standesgemäß“ auftreten. Dabei werden die Beamten in unglaublicher Weise in Anspruch genommen, und für den unausgesetzten Nacht- und Sonntagsdienst giebt es keinerlei Entschädigung. Es scheint nicht, als ob der obersten Postbehörde die kaiserliche Botenschaft über die Verbesserung der sozialen Lage bekannt geworden sei, denn ihr Verfahren steht mit den Prinzipien jener im grellsten Widerspruch. Nach dem von Pater Weiß berechneten Verhältnis zwischen Arbeitslohn und Kapitalgewinn würde aber keineswegs der gesamte Überschuß der Postverwaltung an die Reichskasse abzuführen sein, sondern nur der Ertrag, der bei Gegenüberstellung des Betriebs- und des Arbeitskapitals verhältnismäßig dem Betriebskapital zuzurechnen sein würde.

haupten, das Haider Programm neige zum Staatssozialismus, mache gewissermaßen den wirtschaftspolitischen Plänen des deutschen Reichskanzlers zu große Zugeständnisse, woraus sich gewissermaßen von selbst ergibt, daß die Aufgaben und Interessen der katholischen Kirche im Programm vernachlässigt wurden. Hierdurch aber verbirgt man nur den eigentlichen Grund der Opposition, nämlich den, daß überhaupt keine Neigung vorhanden ist, selbst die unumgänglichsten Opfer wenigstens in der strikten und umfassenden Weise, wie sie die soziale Lage erheischt, zu bringen. Die Kirche legt den Hauptnachdruck auf die christliche Charitas. Das ist zwar eine moralische, eine Gewissenspflicht; aber leider glaubt man sich auch in religiösen Kreisen mit solchen weit leichter abfinden zu können als mit festen Bestimmungen, die materiell bindend sind und deren Erfüllung, wenn es sein muß, erzwungen werden kann. Auch in diesen Kreisen will man Freiheit, nämlich für sich. Mit der Vergütung, welche man im sogenannten freien Arbeitsvertrag feststellt, will man nach wie vor seine Verbindlichkeiten den Arbeitern gegenüber erledigt wissen. Was man dann mehr thut, soll freier Wille, soll Wohlthat sein.

Diese Grundtendenz scheint auch die des katholischen Fabrikantenvereins „Arbeiterwohl“ zu sein, obgleich wir voraussetzen, daß der Gründer desselben, Kaplan Hitze, eigentlich praktisch weitergehen wollte. Er wollte doch nicht gerade das, was die christliche Charitas fordert, so ganz als Wohlthat behandelt wissen, und die Übung der Charitas den Arbeitern gegenüber selbst sollte jedenfalls den Arbeitgebern als Pflicht erscheinen — freilich eine Pflicht, zu der sie nicht das Staatsgesetz, wohl aber ihr christliches Bewußtsein und Gewissen dränge. Allein die Erfahrung muß doch hier bereits gelehrt haben, daß sich große Erwartungen schwerlich erfüllen werden. Die Mustereinrichtung in München-Gladbach dürfte kaum sonderlich zur Nachahmung veranlaßt haben und auch für sich selbst den daran geknüpften Erwartungen nur unvollkommen entsprechen, und zwar besonders bei längerem Bestand. Vielen Fabrikanten, die Mitglieder des Vereins „Arbeiterwohl“ sind, genügt diese Mitgliedschaft und der kleine Vereinsbeitrag, den sie zahlen, völlig, um ihr Gewissen zu befriedigen und ihnen die moralische Genugthuung zu geben, daß sie auch ihrerseits beitragen, die sozialen Schwierigkeiten zu bekämpfen.

Diesen Leuten kommt nun aber das, was die Haider Beschlüsse oder Thesen, wie sie der Fürst Löwenstein in einer entschuldigenden Erklärung, die ihm die Opposition wider jene abnötigte, nennt, trotz ihrer vorsichtigen, milden Ausdrucksweise doch Bestimmtes fordern, wenig gelegen. Hier werden bestimmte Entschlüsse und infolge derselben wird bestimmtes Thun beansprucht. Und sicher handelt sich auch um Opfer, die nicht klein sind. Daher ist es denn nicht genug, daß man die Beschlüsse des Staatssozialismus im Gegensatz zum kirchlichen Interesse anlagt, sondern man wendet sich auch persönlich gegen

den Verfasser der Thesen, den Freiherrn von Vogelsang, dem man sogar merken läßt, daß man seiner Konversion nicht recht traue.

Das ist stark, wo man doch sonst die Konvertiten immer im äußersten ultramontanen Lager findet. Aber es scheint, als ob auch in katholischen Kreisen und im ultramontanen Lager die soziale und politische Bewegung nicht geringe Verwirrung anrichte. Freiherr von Vogelsang ist in jüngster Zeit schon der zweite Konvertit, der sich um die ultramontane Sache erheblich verdient gemacht hat, um nun von den Ultramontanen ohne viele Umstände auf die Seite geworfen zu werden. Der Redakteur der „Schlesischen Volkszeitung“, ein ehemaliger evangelischer Pfarrer in Mecklenburg, hat während der zehn Jahre seines katholischen Journalistentums dem Zentrum in Schlessien größere Dienste geleistet als irgend eine andre Persönlichkeit. Dennoch wurde er sofort beseitigt, als sein Standpunkt den egoistischen Interessen der ultramontanen Führer nicht mehr zu entsprechen schien. Die Verdienste des Freiherrn von Vogelsang um die ultramontane Partei sind ebenso bedeutend. Obgleich es den Ultramontanen nicht an geistreichen eifrigen Sozialpolitikern fehlt, so hat doch eigentlich Freiherr von Vogelsang das Verdienst, die sozialpolitischen Bestrebungen katholischer Richtung publizistisch popularisiert und auch für Verbreitung jener in außerkatholischen Kreisen sehr viel gethan zu haben. Daß dies der katholischen Partei in Deutschland sehr viel Sympathien eingetragen hat, kann man oft genug merken, und dies ist sicher nicht wenig wertvoll für diese. Wenn man nun ultramontanerwärts dennoch so rücksichtslos persönlich gegen Herrn von Vogelsang vorgeht, so kann man sich ungefähr denken, wie stark sich das egoistische Interesse in den beteiligten katholischen Kreisen durch die Haider Thesen bedroht sieht. Es handelt sich eben um eine Geldfrage, und da hört auch bei den Ultramontanen die Gemütlichkeit auf.

Indeß sind ja die Haider Thesen harmlos gegen die Ergebnisse der Untersuchung des Pater Weiß über die Gesetze für Berechnung von Kapitalzins und Arbeitslohn. Jene Thesen überlassen noch den Arbeitslohn der freien Vereinbarung, indem sie nur wollen, daß jener die Lebensbedürfnisse ausgiebig decke und noch einen Sparpfennig übrig lasse. Dagegen verwirft Pater Weiß schon für das, was man heute Lohn nennt, diese Bezeichnung. Der „Lohn“ gehört, wie bemerkt, einfach zu den notwendigen Betriebskosten, indem er nichts ist als der notdürftige Ersatz des täglichen Kraftverbrauches, über den man auch bei der Maschine nicht hinauskommt. Der Lohn aber soll gleichberechtigt sein mit dem Geschäftsgewinn; er soll diesem gegenüberstehen. Genau so wie Geschäftsgewinn und Kapitalzins zu gelten haben als Äquivalent für das in den Geschäftsbetrieb gebrachte Kapital, ebenso soll der Lohn — über den Ersatz des Kraftverbrauches hinaus — Äquivalent sein für die in das Geschäft gebrachte Arbeit, ohne welche das Kapital tot bleibt. Es handelt sich also bei der Schlußfolgerung des Pater Weiß nicht um eine Lohnerhöhung im landläufigen Sinne des

Worts, sondern um eine neue Gewinnverteilung aus dem Geschäftsbetriebe nach festen und klar umschriebenen Prinzipien.

Pater Weiß geht also sehr weit und sehr entschieden über das Haider Programm hinaus. Wenn dieses dem Arbeiter allenfalls einen Sparpfennig zubilligt, so kapitalisiert Pater Weiß einfach die Arbeitskosten und bestimmt danach den verhältnismäßigen Anteil der Arbeit am Geschäftsgewinne als ein Recht derselben. Und kraft dieses Rechtes spricht er in seinem Beispielsfall und unter einer Berechnung, die von seinem Standpunkt aus durchweg das Kapital begünstigt, doch nahezu ein Drittel des Reingewinnes den Arbeitern zu. *)



Die Wahrheit über die Katastrophe von Jena.

1.



er unglückliche Krieg von 1806 hat schon vor mehr als drei Jahrzehnten in Höpfer einen im ganzen trefflichen Darsteller gefunden, und vor kurzem hat Heinrich von Treitschke die Ursachen des damaligen tiefen Falles in ausgezeichnete Weise nachgewiesen. Dennoch erschien das Interesse an dem Gegenstande noch nicht erschöpft: noch vieles in der Entwicklungsgeschichte der Katastrophe vom 14. Oktober 1806 blieb aufzuklären, und namentlich das Heer, welches dort geschlagen wurde, konnte noch genauer charakterisiert werden. So freuen wir uns, daß einer der geistvollsten und gelehrtesten deutschen Militärschriftsteller sich dieser Aufgabe unterzogen hat, Freiherr v. d. Goltz in seiner Schrift: *Koßbach und Jena. Studien über die Zustände und das geistige Leben in der preussischen Armee während der Übergangszeit vom 18. zum 19. Jahrhundert* (Berlin, Mittler und Sohn, 1883). Ein gesundes Urteil, strenger Gerechtigkeitsfönn, weitreichender Blick, warmer Patriotismus und eine außerordentliche Belesenheit vereinigen sich in dem Verfasser, um sein Buch zu einem der besten Beiträge zur kriegsgeschichtlichen Literatur zu machen, die wir kennen. Ist es in erster

*) Es ist dem Verfasser des obigen Artikels leider entgangen, daß wir bereits in einer Notiz in Nr. 43 d. Bl. „Eine ultramontane Lohntheorie“ den Grundirrtum, der in den Aufstellungen des Pater Weiß liegt, auseinandergesetzt haben: den Irrtum, daß er den Unternehmerröinn nicht als einen berechtigten Gewinn anerkennt — ganz abgesehen von der sonstigen phantastischen Beschaffenheit seiner Vorschläge. D. Red.